

an ihre rechtmäßigen Eigentümer verwandte. „Lassen Sie mich klar aussprechen ...“ rief Müller-Bernhardt den kommunistischen Landtagsabgeordneten zu, „daß meine Partei, das wissen Sie, mit der Durchführung des Volksentscheides ja nicht in allen Dingen einverstanden war ... Sie wissen weiter — und wenn Sie es nicht wissen, so möchte ich es Ihnen sagen —, daß unsere Auffassung grundsätzlich dahinging, daß diese landeseigenen Betriebe im Laufe der Zeit wieder in private Hände über ge führt werden solltenTM.“ Die SED hielt diesen Vorstoß für so bedenklich, daß sie Hunderte „spontaner“ Protestresolutionen an die sächsische Landesregierung und an die Liberal-Demokratische Partei richten ließ, in denen Müller-Bernhardt als „Sprachrohr der Reaktion“ angegriffen wurde. Angesichts dieses massiven Druckes sah sich der Landesvorstand der LDP genötigt, sich von Müller-Bernhardt und seiner oppositionellen Initiative zu distanzieren.

Ähnliche Bemühungen von LDP und CDU in Thüringen schienen zunächst erfolgreicher, insoweit die Thüringische Landesregierung sogar der Rückgabe einer größeren Anzahl von Betrieben an ihre früheren Eigentümer zugestimmt hatte und darüber hinaus mehrere „sequestrierte“ Betriebe vorläufig treuhänderisch verwaltet, das heißt *nicht* enteignet worden waren. „Unter dem Druck der Proteste der Arbeiterklasse beschloß die Landeskommision am 26. August 1947, erneut alle Fälle zu überprüfen. Hierbei zeigte es sich, daß insgesamt 600 Betriebe unbegründet . . . zurück ge geben werden sollten⁷¹.“ Ein solcher Erfolg oppositioneller Bestrebungen mußte die SED um so mehr alarmieren, als CDU und LDP damals nur über 47 von insgesamt 100 Sitzen im Thüringischen Landtag verfügten, ihr Druck auf die Landesregierung also offensichtlich auch von oppositionellen Kräften innerhalb der SED selbst unterstützt worden war. Das Ergebnis einer von den Kommunisten eingeleiteten politischen Gegenoffensive faßt der Historiker der SED wie folgt zusammen: „Während im Herbst 1946 in Thüringen zunächst nur 359 Betriebe in das Eigentum des Volkes überführt worden waren, hatte sich im Ergebnis des Kampfes gegen die reaktionären Machen-

76 Nach dem Protokoll des Sächsischen Landtages zitiert bei Gerhard Dornberger „Zehn Jahre Volkseigentum in der Deutschen Demokratischen Republik“, in „Staat und Recht“, Nr. 4/1956, S. 440. — Der gleiche Verfasser spricht von „heftigen Kämpfen“ in den Länderparlamenten in der Frage der Enteignungen in der Industrie. „Bestimmte reaktionäre Vertreter bürgerlicher Parteien versuchten, die Beschlußfassung über die Enteignungsgesetze zu verhindern . . . Sie erklärten, daß sie prinzipiell gegen eine entschädigungslose Enteignung seien, weil das undemokratisch wäre.“ (Ebenda.)

77 Stefan Doernberg „Die Geburt eines neuen Deutschland“, S. 386.